

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 26. Februar 2025

§ 360

Interpellation SP-Fraktion «Psychologische Psychotherapie: Tarifchaos verhindern und Versorgung stärken»

(Bericht Regierungsrat, 11.2.2025)

Sabine Steinmann, Oberurnen, Unterzeichnerin, bedankt sich namens der SP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. – Die Antwort des Regierungsrates enttäuscht. Sie verweist auf die übliche Praxis, den tiefsten provisorischen Tarif festzusetzen. Doch diese hat Folgen für die Versorgung im Bereich der psychischen Gesundheit im Kanton Glarus. Dieser ist bis jetzt der einzige Kanton, der sich für den tiefsten Tarif entschieden hat. Die SP-Fraktion fordert deshalb weiterhin, dass der Kanton Glarus seinen Handlungsspielraum nutzt und sich der Mehrheit der Kantone, die sich für einen fairen Tarif entschieden hat, anschliesst. Die Unterfinanzierung der ambulanten Psychotherapie verursacht langfristig höhere Kosten. Mehr Menschen benötigen eine Notfallversorgung oder stationäre Behandlungen. Arbeitsausfälle durch Krankschreibungen für eine längere Zeit belasten nicht nur die Betroffenen, sondern auch die öffentliche Hand und Firmen. – Die aktuelle Tarifregelung gefährdet das Angebot im Kanton Glarus gerade in jenem Moment, in dem der Kanton daran ist, eine gute, integrierte Versorgung in diesem Bereich aufzubauen. Der Regierungsrat schreibt, dass nur eine Person ihre Zulassung zurückgegeben hat. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Eine Praxis wurde bereits geschlossen; weitere werden folgen. Der Abbau erfolgt schleichend, aber er kommt. Schon jetzt haben Patientinnen und Patienten ihre Therapieplätze verloren. Aktuell gibt es im Glarnerland eine Wartezeit von drei bis vier Monaten. Es gibt keine Kapazitäten für Notfälle. Gesamtschweizerisch ist ein Versorgungsnotstand feststellbar. Psychische Probleme nehmen zu, bei jungen Leuten wie auch bei Erwerbstätigen. Die Zahl der IV-Fälle steigt stark. Man kann diese Probleme kleinreden. Oder man kann anerkennen, dass in der Gesellschaft etwas schief läuft, wenn so viele Leute betroffen sind. Darauf müsste man reagieren. – Als SP-Politikerin ist man der Überzeugung, dass alle Leute die gleichen Chancen verdient haben. Eliten sollten nicht mehr Möglichkeiten haben und mit ihrem Geld gesünder leben können. Deshalb ist stossend, dass es im Kanton Glarus aktuell zwei Tarife gibt. Je nachdem, bei welcher Krankenkasse man versichert ist, fällt die Vergütung der Psychotherapeutin tiefer oder höher aus. Das wird dazu führen, dass die Therapeuten nicht mehr über die obligatorische Krankenversicherung abrechnen und nur noch Patienten mit Zusatzversicherungen behandeln. Das sind Personen, die sich höhere Prämien leisten können. Oder es werden Patienten mit der richtigen Krankenkasse oder begüterte Selbstzahler bevorzugt. Das führt faktisch zu einer Zweiklassenmedizin. Der Grundsatz der Gleichbehandlung ist ausgehebelt. Das will wohl niemand hier im Saal. – Eine engagierte Glarner Psychotherapeutin erkundigte sich, wie die Politikerinnen und Politiker des Kantons Glarus mit diesem

Notstand umzugehen gedenken, ob sie bereit sind, als bisher einziger Kanton mit Tarifsenkung die Konsequenzen zu tragen, und was wäre, wenn die Ratsmitglieder plötzlich unbedingt und schnell eine Therapie für ihr Kind oder ihre Angehörigen bräuchten?